Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

Spritpreisdeckel hilft kurzfristig – die eigentlichen Probleme bleiben ungelöst

TMV fordert: Nicht länger reden, sondern die Probleme klar benennen und jetzt angehen

Berlin, 19. November 2026. Der Koalitionsausschuss hat sich darauf verständigt, zum Jahresbeginn 2027 einen befristeten Spritpreisdeckel einzuführen. Die Ausgestaltung ist noch offen. Der Taxi- und Mietwagenverband Deutschland (TMV) erkennt an, dass die Bundesregierung handelt: Ein Höchstpreis kann Kostenspitzen abfedern und den Betrieben Planbarkeit geben. Für das Taxigewerbe ist das besonders wichtig, weil Taxitarife behördlich festgesetzt werden und steigende Kraftstoffkosten nicht kurzfristig an die Fahrgäste weitergegeben werden können. Der TMV fordert, den Deckel praxistauglich, transparent und befristet auszugestalten und die Versorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen. Die Wirkung muss von Anfang an überprüft werden.

„Der Spritpreisdeckel kann unseren Betrieben kurzfristig helfen. Er löst aber keines der Grundprobleme, die unsere Unternehmen und dieses Land belasten“, erklärt TMV-Präsident Markus Gossmann. „Es wird Zeit, diese Probleme offen auszusprechen und anzupacken. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Jeder Unternehmer weiß: Wer seine Zusagen und Verträge nicht einhält, verliert das Vertrauen seiner Kunden – und am Ende seinen Betrieb. Diesen Maßstab muss sich auch die Politik gefallen lassen.“

Wie wenig Eingriffe in die Preisbildung allein bewirken, zeigt die seit dem 1. April 2026 geltende Regel, nach der Tankstellen ihre Preise nur einmal täglich um 12 Uhr erhöhen dürfen. Nach Auswertungen des ADAC sind die Preise dadurch nicht gesunken, sondern gestiegen: Bereits in der ersten Woche nach Einführung verteuerte sich Diesel um mehr als 13 Cent je Liter. Wissenschaftliche Auswertungen, etwa des ZEW, kommen zu dem Ergebnis, dass die Regel indirekt zu höheren Durchschnittspreisen führt. Zudem schwanken die Preise im Tagesverlauf so stark wie nie zuvor – bei Diesel im Schnitt um 18,4 Cent je Liter. Der ADAC hat die Abschaffung der Regel gefordert.

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft – BDA, BDI, DIHK und ZDH – haben 2026 zum „Jahr der Reformen“ erklärt. Ihre Forderungen sind eindeutig: Nach der DIHK-Konjunkturumfrage nennen 45 Prozent der Unternehmen die Bürokratie als ihre größte Herausforderung. Beim Bürokratieabbau sei zu viel versprochen und zu wenig umgesetzt worden; ein konsequenter Abbau wäre nach Einschätzung der DIHK das größte Wachstumsprogramm, das ohne einen einzigen Euro Mehrausgaben zu haben ist. Die Arbeitgeber fordern zudem seit Jahren, die von früheren Bundesregierungen zugesagte 40-Prozent-Grenze bei den Sozialversicherungsbeiträgen wieder einzuhalten. Sie ist seit 2022 überschritten, und die Beiträge steigen weiter. Die DIHK bringt es auf den Punkt: „Jetzt muss kommen, was vereinbart war.“ Und Handwerkspräsident Jörg Dittrich mahnt: „Vertrauen kann man nicht an- und ausschalten wie Licht. Es entsteht durch Verlässlichkeit.“

Der TMV fordert, diese Probleme jetzt anzugehen

1. Bürokratie abbauen statt ankündigen: unnötige Melde-, Nachweis- und Dokumentationspflichten streichen; jede neue Belastung muss begründet werden, nicht die Entlastung.

2. Lohnnebenkosten begrenzen: die Sozialversicherungsbeiträge wieder unter 40 Prozent bringen – durch echte Strukturreformen, nicht durch pauschale Deckelungen zulasten einzelner Leistungserbringer.

3. Keine weiteren Ausgabensteigerungen: eine seriöse Haushaltsführung, wie sie jeder Unternehmer betreiben muss – mit den Einnahmen auskommen und klare Prioritäten setzen.

4. Zusagen einhalten: Was versprochen und vereinbart ist, muss umgesetzt werden. Betriebe brauchen Planungssicherheit statt kurzfristiger, wechselnder Einzelmaßnahmen.